

Protokoll der 2. Plenarversammlung 2022

Montag, den 5. Dezember 2022 | 10:15 -12:15 Uhr
Haus des Gastes, Rötzweg 7, 76887 Bad Bergzabern, Deutschland

Tagesordnung

1. BEGRÜßUNG UND GENEHMIGUNG DER TAGESORDNUNG	3
2. GENEHMIGUNG DES PROTOKOLLS DER PLENARVERSAMMLUNG VOM 27.06.2022	3
3. AUSTAUSCH ÜBER EINGEGANGENE STELLUNGNAHMEN	3
4. ARBEITEN DES VORSTANDS	4
5. ARBEITEN UND RESOLUTIONSENTWÜRFE DER KOMMISSIONEN	5
5.1. Kommission Wirtschaft – Arbeitsmarkt – Gesundheit	5
5.2. Kommission Verkehr – Raumordnung – Katastrophenhilfe	6
5.3. Kommission Landwirtschaft – Umwelt – Klima – Energie	8
5.4. Kommission Kultur – Jugend – Bildung – Sport	9
6. GRENZÜBERSCHREITENDE ZUSAMMENARBEIT IM OBERRHEINRAUM UND IN DER GROßREGION	10
7. AKTIVITÄTEN DER OBERRHEINKONFERENZ (ORK)	10
8. WAHL DES VORSTANDS FÜR DAS JAHR 2023 UND VORSTELLUNG DER THEMatischen PRIORITÄTEN 2023	12
9. VERSCHIEDENES	17

Anwesend

Vorstand

Matthias ACKERMANN, Daniel ADRIAN, Béa BIEBER, Andrea Elisabeth KNELLWOLF, Florian MAIER, Frank SCHERER, Willi STÄCHELE, Brigitte TORLOTING, Dr. Christian VON WARTBURG

Mitglieder

Marcel BAUER, Hans-Peter BEHRENS, Marion DAMMANN, Kuno GASSER, Cécile GERMAIN-ECUER, Dr. Christoph HÄNGGI, Sabine HARTMANN-MÜLLER, Dr. Christian JUNG, Theo KAUTZMANN, Rüdiger KLOS, Heinz LERF, Werner MÜLLER, Niklas NÜSSLE, Frédéric PFLIEGERSDOERFFER, Reinhold PIX, Dr. Katrin REHAK-NITSCHKE, Christof REICHERT, René RICHERT, Gabi ROLLAND, Emil SÄNZE, Claus-René SCHICK, Claude STURNI, Alena TRAUSCHEL, Marie-France VALLAT, Thomas WEINER, Huguette ZELLER, Christian ZIMMERMANN

Vertretungen

Silke EISFELD (vertritt Dorothea STÖRR-RITTER), Dr. Jörg PETER (vertritt Dr. Christian DUSCH), Michèle SENGELEN CHIODETTI (vertritt Eric STRAUMANN)

Referentinnen und Referenten

Prof. Dr. Hannes KOPF

Verwaltung

Corinne BASTARD-BOURGER, Philipp BORS, Patrice HARSTER, Dr. Christina HOF, Reinhard HÖNLE, Lisa JUDENHAHN, Christian KLEINERT, Marton KRASZNAI, Victor LAMOUR, Dominique LORRETTE, Merle SIEGMUND, Nicole WALTHER

Gäste

Brigitte BECKER, Heinz BECKER, Heidi BRAUN, Ursula FREYLER

Entschuldigt

Mitglieder

Marco AGOSTINI, Anita BIEDERT, Dr. Fritz BRECHTEL, Jeanne BARSEGHIAN, Josha FREY, Catherine GRAEF-ECKERT, Kathrin HASLER, Jonas HOFFMANN, Gérard HUG, Hanno HURTH, Evelyne ISINGER, Guy-Dominique KENNEL, Dr. Martin KISTLER, Brigitte KLINKERT, Michèle LUTZ, Dr. Frank MENTRUP, Laurence MULLER-BRONN, Marc MUNCK, Bruno NORTH, Christelle RITZ, Nadyne SAINT-CAST, Jude SCHINDELHOLZ, Pascale SCHMIDIGER, Dr. Christoph SCHNAUDIGEL, Dietmar SPÄTH, Francine STETTLER, Dorothea STÖRR-RITTER, Eric STRAUMANN, Dorothea WEHINGER, Christèle WILLER

1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung

Matthias ACKERMANN begrüßt die Anwesenden und stellt die Tagesordnung vor. Er informiert, dass der Tagesordnungspunkt 6 („Grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Oberrheinraum und in der Großregion“) aufgrund einer kurzfristigen Verhinderung des Referenten entfallen muss.

Er stellt die Frage, ob es Einwände oder Anmerkungen zur Tagesordnung gebe.

Die Tagesordnung wird ohne Gegenstimmen angenommen.

2. Genehmigung des Protokolls der Plenarversammlung vom 27.06.2022

Matthias ACKERMANN verweist auf den Protokollentwurf in den Sitzungsunterlagen und fragt, ob Anmerkungen oder Änderungswünsche bestünden.

Das Protokoll der Plenarversammlung vom 27.06.2022 wird ohne Gegenstimmen angenommen.

3. Austausch über eingegangene Stellungnahmen

Matthias ACKERMANN erinnert an die sechs Resolutionen, die am 27. Juni 2022 durch die Plenarversammlung gefasst wurden. Er möchte nicht auf alle eingegangenen Stellungnahmen im Detail eingehen, sondern lediglich einige Anmerkungen machen.

Insgesamt sei das Echo auf die Geothermie-Resolution sehr positiv gewesen. Hinsichtlich der Schweiz-EU-Beziehungen habe der Schweizer Bundespräsident Ignazio CASSIS mitgeteilt, dass die Schweiz wünsche, den bilateralen Weg fortzuführen. Insbesondere vor dem Hintergrund der bereits bestehenden unmittelbaren Auswirkungen drückt Matthias ACKERMANN seine Hoffnung dafür aus, dass eine Lösung für die Problemstellung gefunden werde. Im Hinblick auf die Einrichtung eines trinationalen Lagezentrums stellt er klar, dass die Resolution als Lehre aus der Pandemielage entstanden sei. Es sei niemals um Kompetenzabgaben gegangen, sondern um die Schaffung zusätzlicher Kapazitäten für die Lagebeobachtung. Die Präfektur Grand Est habe in diesem Kontext nun mitgeteilt, dass die Schaffung eines trinationalen Lagezentrums ausgeschlossen sei. Innerhalb des Vorstands sei diskutiert worden, ob es sich möglicherweise um eine begriffliche Problematik handele. Er betont weiterhin, dass die Oberrheinkonferenz (ORK) die Arbeit an der Thematik fortsetze und geht davon aus, dass Prof. Dr. Hannes KOPF unter Tagesordnungspunkt (TOP) 7 hierzu berichten wird.

Matthias ACKERMANN fragt nach weiteren Wortmeldungen.

Hans-Peter BEHRENS merkt an, dass er im Hinblick auf die Stellungnahme der ADEME Grand Est zur Geothermie-Resolution Gesprächsbedarf sehe. Das allgemeine Ziel der Resolution sei gewesen, die Geothermie voranzubringen. In diesem Punkt bestehe Einigkeit. Allerdings müsse auch die Sicherheit gewährleistet werden, insbesondere im Hinblick auf die Vermeidung von Erdbeben und die Schadensregulierung. Die ADEME Grand Est teile mit, dass die Begleitung der Projekte noch zu klären sei. Aus seiner Sicht nähmen an dieser Stelle die Behörden eine wesentliche Rolle ein. Weiterhin heißt es in der Stellungnahme, dass die thermo-hydraulisch-chemische Stimulierung notwendig sei. Dieser Aussage möchte er widersprechen. Neben dem petrothermalen Verfahren, das etwa in Vendenheim oder Basel angewendet worden sei, gebe es das hydrothermale Verfahren, welches der Oberrheinrat

(ORR) in seiner Resolution als bessere Alternative angesehen habe. Er hofft, dass man diesbezüglich das Gespräch suchen könnte.

Matthias ACKERMANN ergänzt, dass er es als wesentlichen Punkt der Resolution erachte, alle Beteiligte für die Geothermie zu sensibilisieren. In diesem Kontext betont er die Bedeutung der Bürgerbeteiligung bei Projekten. Es sollte nichts über die Bevölkerung hinweg beschlossen werden.

4. Arbeiten des Vorstands

Matthias ACKERMANN geht eingangs auf einige Punkte ein, die er im Rahmen seiner Präsidentschaft behandelt und vorangetrieben habe.

Zunächst weist er auf das bisher fehlende Abkommen über die alltäglichen Hilfeleistungen der Feuerwehren im Grenzgebiet („Feuerwehrabkommen“) außerhalb von Katastrophenlagen zwischen dem Elsass und Rheinland-Pfalz hin. Das Thema sei in einer gemeinsamen Sitzung der ORR-Kommission Wirtschaft – Arbeitsmarkt – Gesundheit und der ORK-Arbeitsgruppe Gesundheitspolitik am 22. August in Wolfisheim angesprochen worden, an der er teilgenommen hatte. Er betont an dieser Stelle, dass es sich hierbei um die erste gemeinsame Arbeitssitzung einer ORR-Kommission und einer ORK-Arbeitsgruppe gehandelt habe. Im Nachgang dieser Sitzung habe er per Schreiben Kontakt mit dem rheinland-pfälzischen Ministerium des Innern und für Sport aufgenommen, um auf das Fehlen des Feuerwehrabkommens hinzuweisen. Nach einem neuerlichen Schreiben und einem Gesprächstermin mit Tobias LINDNER MdB, Staatsminister im Auswärtigen Amt, habe das Ministerium des Innern und für Sport im Oktober 2022 mitgeteilt, den Abschluss dieses Abkommens nunmehr prioritär voranzubringen. Er dankt insbesondere Dr. Christoph SCHNAUDIGEL, Vorsitzender der ORR-Kommission Verkehr – Raumordnung – Katastrophenhilfe und Präsident des Eurodistrikts PAMINA, für dessen Unterstützung. Insgesamt habe der ORR aus seiner Sicht einen wesentlichen Anteil an dieser positiven Entwicklung gehabt.

Weiterhin berichtet er über die Durchführung eines Empfangs zum 25-jährigen Jubiläum der Unterzeichnung der Gründungsvereinbarung des ORR am 22. November 2022 im Europäischen Parlament in Straßburg. Er bittet alle Mitglieder, die aufgrund der kurzfristigen Terminplanung nicht teilnehmen konnten, um Verzeihung. Der Empfang sei gut verlaufen und er habe sich sehr über die zukunftsorientierte Rede von Rainer Wieland MdEP sowie das Grußwort der Präsidentin des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola MdEP, gefreut. In ihrer Rede habe sie die Bedeutung der Arbeit von grenzüberschreitenden Gremien wie dem ORR explizit betont.

Matthias ACKERMANN stellt den Resolutionsentwurf „Für eine lösungs- und kompromissorientierte deutsch-französische Zusammenarbeit auf nationaler Ebene“ vor. Er wurde vor dem Hintergrund der Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und Frankreich auf nationaler Ebene insbesondere mit Blick auf die kurzfristige Verschiebung des Deutsch-Französischen Ministerrats im Herbst 2022 erstellt. Im Kern werden mit dem Resolutionsentwurf die Bundesregierung und die französische Regierung dazu aufgerufen, den Gesprächsfaden aufrechtzuerhalten und lösungs- und kompromissorientiert zusammenzuarbeiten, und es werde betont, dass im Kontext der Oberrheinregion auch die nationalen Beziehungen zur Schweiz von zentraler Bedeutung sind.

Er informiert die Mitglieder, dass von Seiten der rheinland-pfälzischen Delegation ein Änderungsantrag zum Resolutionsentwurf eingebracht wurde, der im Vorfeld bereits die Zustimmung des Vorstands gefunden habe. Er wirbt dafür, dem Resolutionsentwurf inklusive des Änderungsantrags zuzustimmen.

Matthias ACKERMANN fragt nach weiteren Wortbeiträgen. Er stellt den Resolutionsentwurf sowie den

Änderungsantrag der rheinland-pfälzischen Delegation zur Abstimmung per Handzeichen.

Der Resolutionsentwurf „Für eine lösungs- und kompromissorientierte deutsch-französische Zusammenarbeit auf nationaler Ebene“ sowie der Änderungsantrag der rheinland-pfälzischen Delegation werden ohne Gegenstimmen angenommen.

Matthias ACKERMANN verweist auf den zweiten Resolutionsentwurf des Vorstands mit dem Titel „Nachhaltigkeit am Oberrhein trinational voranbringen“ und übergibt das Wort an Béa BIEBER, die diesen initiiert hat.

Béa BIEBER sagt, dass der Text des Resolutionsentwurfs im Grunde für sich selbst spreche, erläutert jedoch den Kontext seiner Erstellung. Sie habe im September 2022 eine Diskussionsrunde zu innovativen Nachhaltigkeitsansätzen im Dreiland moderiert, weshalb es ihr ein Anliegen gewesen sei, die Thematik erneut prominent in den ORR einzubringen. Im Kern gehe es darum, in der Grenzregion gemeinsame Leitlinien für ein abgestimmtes Vorgehen aller Akteure im Hinblick auf die Nachhaltigkeit zu erarbeiten.

Matthias ACKERMANN fragt, ob es Wortmeldungen zum Resolutionsentwurf gibt. Er stellt den Resolutionsentwurf zur Abstimmung per Handzeichen.

Der Resolutionsentwurf „Nachhaltigkeit am Oberrhein trinational voranbringen“ wird ohne Gegenstimmen angenommen.

5. Arbeiten und Resolutionsentwürfe der Kommissionen

5.1. Kommission Wirtschaft – Arbeitsmarkt – Gesundheit

Andrea Elisabeth KNELLWOLF berichtet, dass die Kommission am 19. September 2022 in Basel und am 18. November 2022 per Videokonferenz zur finalen Abstimmung der Resolutionsentwürfe zusammengetreten sei.

Im Rahmen der Sitzung im September habe sich die Kommission abermals dem Thema Pandemie gewidmet. Sie betont, dass dies nicht vergessen werden sollte und man sich im Hinblick auf eine nächste akute Phase oder eine neuerliche Pandemiesituation vorbereiten müsse. In diesem Kontext sei auch ein Vortrag von Studierenden im Rahmen der Sitzung zur Möglichkeit der Einrichtung eines grenzüberschreitenden schweizerisch-deutschen Spitals zu sehen. Dies wäre grundsätzlich denkbar, in der Praxis aber wohl eine Herkulesaufgabe. Die Kommission habe jedoch auch gesehen, welche „low hanging fruits“ existierten, das heißt Themen, die relativ leicht angegangen werden könnten und deren Möglichkeiten genutzt werden sollten.

Bezüglich der beiden Resolutionsentwürfe geht sie zunächst auf das Thema der grenzüberschreitenden Telearbeit ein, dem sich die Kommission erneut gewidmet hat. Auf Basis eines Vortrags von zwei Referenten der Informations- und Beratungsstellen am Oberrhein (INFOBEST) habe man intensiv die Sorgen der Beschäftigten und Arbeitgebenden besprochen. Besonders erwähnt wurden in diesem Kontext die 25%-Regel und der Flickenteppich an Regelungen mit Blick auf die Schweizer Kantone. Der Resolutionsentwurf greife darüber hinaus die Sorge auf, dass Beschäftigte aufgrund ihres Wohn- oder Arbeitsorts diskriminiert werden könnten. Über die Diskussion in der Kommission hinaus habe zudem die Schweizer Delegation einen Änderungsantrag eingebracht, mit dem durch eine neue Ziffer 10 ein Bezug zwischen der grenzüberschreitenden Telearbeit und Möglichkeiten durch die Einführung eines *European Cross-border Mechanism* (ECBM) hergestellt werde.

Matthias ACKERMANN fragt, ob es Wortmeldungen zum Resolutionsentwurf gebe. Er stellt den Resolutionsentwurf sowie den Änderungsantrag der Schweizer Delegation zur Abstimmung per Handzeichen.

Der Resolutionsentwurf „Grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt am Oberrhein stärken mit ganzheitlichen Lösungen für mobile und Telearbeit“ sowie der Änderungsantrag der Schweizer Delegation werden ohne Gegenstimmen angenommen.

Andrea E. KNELLWOLF erläutert, dass der zweite Resolutionsentwurf ihrer Kommission mit dem Titel „Rechtliche Grundlagen für grenzüberschreitende Einsätze der Rettungsdienste im Dreiländereck schaffen“ im Wesentlichen dasselbe Ziel für das Dreiländereck verfolge, das Matthias ACKERMANN unter TOP 4 bereits für die Region Elsass/Rheinland-Pfalz erläutert habe.

Matthias ACKERMANN fragt, ob es Wortmeldungen zum Resolutionsentwurf gebe. Er stellt den Resolutionsentwurf zur Abstimmung per Handzeichen.

Der Resolutionsentwurf „Rechtliche Grundlagen für grenzüberschreitende Einsätze der Rettungsdienste im Dreiländereck schaffen“ wird ohne Gegenstimmen angenommen.

5.2. Kommission Verkehr – Raumordnung – Katastrophenhilfe

Matthias ACKERMANN informiert die Anwesenden, dass sich der Kommissionsvorsitzende Dr. Christoph SCHNAUDIGEL aufgrund paralleler Verpflichtungen für die Sitzung entschuldigt habe. Die Kommission habe zuletzt am 23. September 2022 unter der Leitung von Andrea E. KNELLWOLF getagt, da Dr. Christoph SCHNAUDIGEL aus gesundheitlichen Gründen verhindert gewesen sei.

Der Resolutionsentwurf der Kommission mit dem Titel „Ausbau grenzüberschreitender Verkehrsverbindungen in der deutsch-französisch-schweizerischen Oberrheinregion“ basiere auf einem Follow-Up der Forderungen aus den ORR-Resolutionen im Bereich Mobilität aus dem Zeitraum 2018-2021. Die zugrundeliegende Analyse des Status Quo sei den Mitgliedern bereits in der Plenarversammlung im Juni 2022 vorgelegt worden.

Er weist darauf hin, dass im Vergleich zur Fassung des Resolutionsentwurfs in den Sitzungsunterlagen noch eine faktenbasierte Änderung im Hinblick auf die Busverbindung Rastatt-Haguenua vorgenommen wurde. Die CeA habe darauf hingewiesen, dass sie am 20. Oktober 2022 Mittel für deren Einrichtung freigegeben habe und der Punkt somit in die 1. Kategorie („Umsetzungsfortschritte werden begrüßt“) verschoben werden müsste.

Darüber hinaus weist er auf den Änderungsantrag von Cécile GERMAIN-ECUER hin, der den Mitgliedern vorliegt. Er informiert, dass der Vorstand ein Votum gegen diesen Antrag empfehlen würde. Er übergibt das Wort an Cécile GERMAIN-ECUER.

Cécile GERMAIN-ECUER erläutert, dass ihr Änderungsantrag nicht aus dem luftleeren Raum stamme. Im Hinblick auf den ökologischen Wandel sei die Entwicklung des Schienenverkehrs wesentlich. Dennoch seien im Resolutionsentwurf zwei Projekte enthalten, die nicht dem Ziel der Verbesserung der alltäglichen öffentlichen Verkehrsmittel dienen: die Schienenanbindung des EuroAirports und die Fertigstellung des Ostastes der Hochgeschwindigkeitsstrecke Rhin-Rhône. In Frankreich werde oft über Investitionsprobleme im Bereich des Schienenverkehrs gesprochen und wie kleine Linien finanziert werden könnten, wenn solch große Beträge in den Bau von Hochgeschwindigkeitsstrecken flössen. Die Schienenanbindung des EuroAirports hingegen würde lediglich den Zugang zum Flughafen erleichtern, obwohl bereits Alternativen existieren. Über die für den Bau notwendige Flächenversiegelung hinaus

sei es kein Projekt, dass der Bevölkerung im Alltag diene. Vor dem Hintergrund dieser Erwägungen schlägt sie vor, die beiden genannten Projekte aus dem Resolutionsentwurf zu streichen.

Matthias ACKERMANN fragt nach weiteren Wortbeiträgen.

Christian DEBEVE sagt, dass die Argumente von Cécile GERMAIN-ECUER bereits an anderer Stelle entkräftet worden und in sich nicht stimmig seien. Der Straßenverkehr verursache eine große Menge an Umweltverschmutzung. Am EuroAirport seien 6.000 Personen beschäftigt – es handele sich mithin um den ersten oder zweiten Arbeitgeber des Departements Haut-Rhin. Die Schienenanbindung käme insbesondere diesen Personen zugute. Darüber hinaus sei die geplante Haltestelle wesentlich für die Realisierung der trinationalen S-Bahn Basel. Je einfacher und komfortabler der Zugang per Schiene, desto mehr Menschen würden auf die Nutzung des Autos für ihre Wege verzichten. Daher spricht er sich gegen den Änderungsantrag aus.

Christian ZIMMERMANN möchte sich nicht zu dem Änderungsantrag äußern, sondern bezüglich der Resolution zum Wiederaufbau der Schienenverbindung Colmar-Freiburg. Er sei seit acht Jahren ORR-Mitglied und habe acht Jahre lang verschiedene Resolutionen zu diesem Thema verfolgt. Vor Ort käme jedoch nichts Konkretes an. Die Deutschen sagten, die Franzosen seien verantwortlich, und die Franzosen sagten das gleiche in der Gegenrichtung. Er stelle sich die Frage nach der Sinnhaftigkeit solcher Resolutionen. Eventuell müsste man einmal „auf den Tisch hauen“.

Matthias ACKERMANN erlaubt sich eine kurze Zwischenbemerkung. Auf Deutsch sage man, man müsse „dicke Bretter bohren“. Natürlich sei ihm bewusst, dass der ORR über keine Entscheidungskompetenz verfüge. Dennoch vertrete er die Bevölkerung und erhebe seine Stimme, um wortwörtlich „Stimmung zu machen“. Sollte es erforderlich sein, dies noch zehnmal zu wiederholen, hätte er hiermit kein Problem. Aus seiner Sicht sei es daher nicht so, dass ORR-Resolutionen keinen Sinn ergäben.

Cécile GERMAIN-ECUER unterstreicht in Antwort auf Christian DEBEVE, dass mit der Busverbindung zwischen dem EuroAirport und dem Bahnhof Saint-Louis bereits eine öffentliche Verkehrsverbindung existiere. Aufgrund der Größe des Flughafengeländes sei die Position der geplanten Haltestelle direkt vor dem Terminal nicht einmal zwingend gut für die Beschäftigten geeignet. Diejenigen, die mit dem Zug zu ihrer Arbeitsstelle pendeln möchten, täten dies bereits. Das Projekt sei zu teuer in einer Situation, in der stets betont werde, dass für andere Projekte kein Geld vorhanden sei.

Christian DEBEVE erachtet die Position von Cécile GERMAIN-ECUER als dogmatisch.

Cécile GERMAIN-ECUER verneint, dass es sich um eine dogmatische Position handle. Vielmehr sei es dogmatisch, in einer Planungslogik der 1970er Jahre zu verharren. Diejenigen, die den Flughafen per Zug erreichen möchten, täten dies bereits. Die Priorität müsse nunmehr in der flächendeckenden Erschließung des ländlichen Raums mittels kleiner Linien liegen. Daher wäre es aus ihrer Sicht nicht im Sinne der Bürgerinnen und Bürger, die beiden Projekte in der Resolution zu belassen.

Dr. Christian VON WARTBURG möchte auch als für die trinationale Zusammenarbeit lebender Basler beliebt machen, den Änderungsantrag abzulehnen. Zur Umsetzung der trinationalen S-Bahn seien Mittel aus Bundesbern erforderlich. Die Schienenanbindung des EuroAirport stelle nur einen kleinen Schritt für dieses gesamte System dar. Es seien keine durchgebundenen Züge aus Zürich etc. bis zum EuroAirport vorgesehen, sodass keine Attraktivitätssteigerung der Verbindung vorliege. Für die Region sei das Projekt hingegen sehr wichtig. Er verstehe die Position und betont, dass mit dem Projekt nichts gegen Ökologie und Nachhaltigkeit getan werden solle, sondern für die Mobilität und den EuroAirport als Arbeitsplatz. Die Region Basel brauche genau wie die Region Zürich eine gemeinsame S-Bahn, um den Ringverkehr zu sichern.

Frédéric PFLIEGERSDOERFFER möchte auf den Redebeitrag von Christian ZIMMERMANN antworten und schließt sich den Äußerungen von Matthias ACKERMANN diesbezüglich an. Der ORR habe eine „Ansporn-Funktion“. Die Frage der öffentlichen Verkehrsverbindungen zwischen Colmar und Freiburg sei für ihn wichtig und er erachtet deren Verstärkung als sinnvoll. Er gibt jedoch zu bedenken, dass Planung und Bau einer Rheinquerung für Straßen- oder Radverkehr mindestens zehn Jahre bedürften. Hier handele es sich um eine Schienenverbindung, was die Komplexität weiter steigere. In seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Arbeitsgruppe des Programms INTERREG Oberrhein sei er ebenfalls mit diesem Projekt befasst und kenne dessen Komplexität. Es gebe keine einfachen Wahrheiten. Aus der Sicht von INTERREG gehe das Projekt gut voran, bedürfe aber weiterhin parlamentarischer Unterstützung.

Thomas WEINER sagt, dass er seit einem Jahr ORR-Mitglied sei. Wenn er höre, dass das Thema bereits seit acht Jahren im ORR behandelt würde und sich alle Seiten gegenseitig den „schwarzen Peter“ zuschöben, stelle er sich die Frage, ob im kommenden Jahr zwei Vertretungen aus Paris und Berlin in die Region eingeladen und an einen Tisch geholt werden sollten.

Matthias ACKERMANN betont, dass es stets sinnvoll sei, alle betroffenen Personen an einen Tisch zu holen. Er fragt nach weiteren Wortbeiträgen.

Rüdiger KLOS weist auf einen mutmaßlichen Rechtschreibfehler auf der zweiten Seite der deutschen Fassung des Resolutionsentwurfs hin, der korrigiert werden müsste („Schienen- und Binnenschiffahrtsgüterverkehrs“ statt „Scheinen- und Binnenschiffahrtsgüterverkehrs“).

Matthias ACKERMANN dankt für den Hinweis und bittet das ständige Sekretariat die entsprechende Korrektur vorzunehmen.

Frédéric PFLIEGERSDOERFFER weist darauf hin, dass er aufgrund eines möglichen Interessenkonflikts nicht an der Abstimmung teilnehmen werde.

Matthias ACKERMANN stellt zunächst den Änderungsantrag von Cécile GERMAIN-ECUER zur Abstimmung per Handzeichen.

Der Änderungsantrag von Cécile GERMAIN-ECUER zum Resolutionsentwurf „Ausbau grenzüberschreitender Verkehrsverbindungen in der deutsch-französisch-schweizerischen Oberrheinregion“ wird mit drei Stimmen dafür und zwei Enthaltungen abgelehnt.

Frédéric PFLIEGERSDOERFFER nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Matthias ACKERMANN stellt den Resolutionsentwurf zur Abstimmung per Handzeichen.

Der Resolutionsentwurf „Ausbau grenzüberschreitender Verkehrsverbindungen in der deutsch-französisch-schweizerischen Oberrheinregion“ wird mit vier Enthaltungen angenommen.

Frédéric PFLIEGERSDOERFFER nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Matthias ACKERMANN dankt allen Beteiligten für die rege Diskussion und betont, dass es wichtig sei, Streitige Themen entsprechend zu diskutieren.

5.3. Kommission Landwirtschaft – Umwelt – Klima – Energie

Daniel ADRIAN informiert, dass seine Kommission in dieser Sitzung keinen Resolutionsentwurf zur Abstimmung stelle und die Arbeit an mehreren großen Themen noch weiter vertiefen möchte. Neben dem Energiemix am Oberrhein und den invasiven Pflanzen werde sich die Kommission auch der anvisierten Themen der französischen Präsidentschaft 2023 im Umweltbereich annehmen.

Im Hinblick auf die Geothermie betont er, dass beim Einsatz dieser Technik alle möglichen Vorsichtsmaßnahmen angewendet werden müssten. Zudem sei zentral, dass der Versicherungsschutz im Schadensfall so vollständig wie möglich sei. Weiterhin begrüßt er seine Kollegin Marie-France VALLAT, die neues ORR-Mitglied sei. Sie sei auf Energiefragen spezialisiert und werde sich künftig ebenfalls in die Kommissionsarbeit einbringen.

Hinsichtlich der Termine für die nächsten Kommissionssitzungen werde zurzeit eine Terminumfrage durchgeführt. Er betont die Bedeutung der Kommissionsarbeit für die gute Vorbereitung der Plenarversammlungen, insbesondere für schwierige Themen wie den Energiemix.

Matthias ACKERMANN dankt Daniel ADRIAN für seine Ausführungen und möchte an seinem Beispiel zum Ausdruck bringen, wie wichtig die Bürgernähe für den ORR sei. Daniel ADRIAN sei Bürgermeister einer kleinen Gemeinde im Südschweiz und habe somit einen starken Bezug zur Basis.

Er fragt nach weiteren Wortbeiträgen. Dies ist nicht der Fall.

5.4. Kommission Kultur – Jugend – Bildung – Sport

Florian MAIER greift die vorherige Äußerung auf, dass der ORR Themen behandle, die bereits seit über acht Jahren diskutiert würden. Das Thema des Resolutionsentwurfs seiner Kommission, die Zweisprachigkeit, werde bereits seit mindestens 20 Jahren diskutiert. Auch er persönlich habe im Rahmen seiner schulischen Laufbahn leider nicht ausreichend Französisch gelernt.

Das Thema des Resolutionsentwurfs gehe insbesondere auf die thematischen Prioritäten 2022 zurück. Die Kommission habe sich dessen gerne angenommen und lebhafte Diskussionen geführt. Im Kern werde nun die Ausarbeitung eines gemeinsamen Konzepts zur Förderung der Zweisprachigkeit am Oberrhein gefordert, um im Sinne der Ziele der Oberrhein-Charta vom 10. Juni 2013 Synergien zu schaffen und deren Umsetzung voranzutreiben. Weiterhin werde um Mitteilung der Entwicklung der Zahl zweisprachig unterrichteter Kinder an den einzelnen Schulformen sowie zweisprachiger Angebote im Bereich der Kindergärten, Kindertagesstätten und Vorschulen in den letzten 20 Jahren gebeten.

Matthias ACKERMANN weist darauf hin, dass hinsichtlich des Resolutionsentwurf ein Änderungsantrag der Schweizer Delegation vorliege.

Dr. Christian VON WARTBURG informiert, dass es sich hierbei um eine Anregung von Francine STETTLER, neues ORR-Mitglied für den Kanton Jura, handle. Er bittet um Zustimmung für die Ergänzung in Form einer zusätzlichen Ziffer 13.

Matthias ACKERMANN sagt, dass Florian MAIER im Vorfeld bereits seine Zustimmung für diese Ergänzung signalisiert habe. Er fragt nach weiteren Wortbeiträgen.

Huguette ZELLER betont, dass die Zweisprachigkeit für das Elsass keine neue Entwicklung darstelle. Vielmehr sei der zweisprachige Unterricht bereits gut entwickelt und solle auf die gesamte Region Grand Est ausgeweitet werden. Dies habe insbesondere auch wirtschaftliche Gründe. Die Region stelle zahlreiche Instrumente zur Unterstützung der Zweisprachigkeit und Mehrsprachigkeit zur Verfügung. Bei den ORR-Sitzungen könne man auf die Simultanverdolmetschung zurückgreifen. Es müsse jedoch das Ziel sein, dass die Zweisprachigkeit alltägliche Praxis wird.

Matthias ACKERMANN fragt nach weiteren Wortmeldungen. Er stellt den Resolutionsentwurf sowie den Änderungsantrag der Schweizer Delegation zur Abstimmung per Handzeichen.

Der Resolutionsentwurf „Zweisprachigkeit am Oberrhein fördern“ sowie der Änderungsantrag der Schweizer Delegation werden ohne Gegenstimmen angenommen.

6. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Oberrheinraum und in der Großregion

Der Redebeitrag von Hendrik HERING MdL, Präsident des Landtags Rheinland-Pfalz, musste aufgrund einer kurzfristigen Verhinderung des Referenten entfallen.

7. Aktivitäten der Oberrheinkonferenz (ORK)

Hinweis: Die Präsentation des Referenten befindet sich in der Anlage.

Matthias ACKERMANN begrüßt Prof. Dr. Hannes KOPF, Präsident der Struktur- und Genehmigungsdirektion (SGD) Süd Rheinland-Pfalz, in seiner Eigenschaft als Vertreter der ORK. Er betont die gute Zusammenarbeit zwischen ORK und ORR, die sich auch in der Teilnahme des diesjährigen ORK-Präsidenten Beat JANS, Regierungspräsident des Kantons Basel-Stadt, an der Plenarversammlung am 27. Juni 2022 ausgedrückt habe.

Prof Dr. Hannes KOPF dankt Matthias ACKERMANN für seine einleitenden Worte und drückt seine Freude darüber aus, an der Plenarversammlung teilnehmen zu dürfen. Es handele sich für ihn quasi um ein „Heimspiel“, da er selbst lediglich 10 km von Bad Bergzabern entfernt wohne.

Die diesjährige Schweizer Präsidentschaft der ORK habe unter dem Motto „Am Oberrhein wirtschaftlich und gesellschaftlich zusammenwachsen“ gestanden. Wie Matthias ACKERMANN im Verlauf der Sitzung bereits betont hatte, gebe es viele dicke Bretter zu bohren. Es gehe darum die Wirtschaftszusammenarbeit zu stärken, aber auch um die gemeinsame Krisenbewältigung, etwa im Energie- und Gesundheitsbereich. Er kündigt an, in seinem Vortrag besonders auf die Themen Umwelt, Klima und Nachhaltigkeit einzugehen, aber auch andere Aspekte zu beleuchten. 2022 sei erneut ein Jahr der Krisenbewältigung gewesen, mit deren Management alle Politik- und Verwaltungsbereiche befasst gewesen seien. Dies sei jedoch etwas leichter möglich gewesen, nachdem man ab 2020 unter der Kommunikation per Videokonferenz eher „gelitten“ habe.

Im Hinblick auf das Thema eines trinationalen Lagezentrums werde zurzeit an einer Art institutionellem Rahmen gearbeitet, der ein Kompetenzzentrum oder eine entsprechende Plattform beinhalte. Es gehe beim Lagezentrum nicht um die Schaffung neuer Strukturen oder Doppelstrukturen, sondern um Koordination und Zusammenführung zur Ermöglichung einer noch besseren Zusammenarbeit.

Weiterhin werde an der Verstetigung des Kompetenzzentrums TRISAN gearbeitet, nachdem im Rahmen eines gemeinsamen Verfahrens ein trinationaler Handlungsrahmen für die Gesundheitskooperation am Oberrhein beschlossen worden sei.

An dieser Stelle richtet er besondere Grüße an die Kolleginnen und Kollegen aus der Nordwestschweiz, da die Kantone zwischenzeitlich die *Pacemaker* der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit geworden seien. In diesem Kontext sei auch die positive Neuigkeit zu sehen, dass die geplanten verschärften Zollregelungen für den Marktverkehr zwischen Südbaden und der Nordwestschweiz abgewendet werden konnten. Dies zeige, dass es auch wichtig sei, im vermeintlich Kleinen voranzukommen.

Auch mit Blick auf die ORR-Resolution zum Thema betont er, dass Vereinbarungen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Rettungsdienste natürlich sehr hilfreich seien. Matthias ACKERMANN habe diesbezüglich viele Impulse gegeben, die entsprechende Impulse von anderen Seiten komplettiert hätten. In Rheinland-Pfalz gab es die besondere Situation, dass die mit der

Krisenbewältigung im Ahrtal befassten Abteilungen im Ministerium des Innern und für Sport stark belastet gewesen seien. Umso mehr freue es ihn, dass das Ministerium vor einigen Wochen mitgeteilt habe, die Verhandlungen für ein Abkommen mit dem Elsass wiederaufzunehmen.

Zu den Bereichen Klima, Umwelt und Nachhaltigkeit berichte er als zum Jahresende ausscheidender Vorsitzender der Arbeitsgruppe Umwelt und des Expertenausschusses Klima und Energie. Die vergangenen Jahre seien eine sehr ereignisreiche, aber auch belastende Zeit gewesen. Die Flutkatastrophe im Ahrtal habe deutlich gezeigt, dass Extremwetterlagen nicht nur ein theoretisches Problem seien. Der Oberrhein sei vor diesem Hintergrund eine Schicksalsgemeinschaft.

Für den Zuständigkeitsbereich der SGD Süd in der Südpfalz, aber auch darüber hinaus, sei insbesondere das Thema Grundwasserneubildung von zentraler Bedeutung. Es gebe viele Herausforderungen in den Bereichen Grundwasserschutz, Forstwirtschaft und Natura 2000-Gebiete, die noch nicht ausreichend miteinander verknüpft worden seien. In Rheinland-Pfalz werde für 2024 ein Wasserentnahmegesetz geplant, mit dem das Prinzip „Was etwas kostet, ist etwas wert“ klargestellt werde. Er hätte sich gefreut, wenn dies bereits früher erfolgt wäre. Darüber hinaus gehe es auch darum, die bestehenden Sondergenehmigungen auf deren Stichhaltigkeit zu überprüfen.

Zum Thema Wasserstoff hätten 2022 zwei durch den Verein TRION-climate e.V. organisierte Kongresse stattgefunden. **Prof. Dr. Hannes KOPF** hat an dem Kongress in Basel teilgenommen, der sehr spannend gewesen sei. Die Entwicklung des Wasserstoffs stehe in direkter Verbindung zum Ausbau der erneuerbaren Energien, da die Produktion von grünem Wasserstoff nur Sinn ergebe, wenn überschüssige erneuerbare Energien vorhanden seien. Zudem würden leitungsgebundene Transportmittel benötigt. Im Rahmen des zweiten Kongresses in Straßburg habe er eine Arbeitsgruppe leiten dürfen. Die Ergebnisse seien auch in die Arbeit des Expertenausschusses Klima und Energie eingeflossen, die im Plenum der ORK am 9. Dezember 2022 einen diesbezüglichen Vorschlag einbringen werde. Dabei gehe es auch um die großen Potenziale der Geothermie, der verwendeten Techniken und auch der diesbezüglichen Herausforderungen. Zudem herrsche in der Region zurzeit „Goldgräberstimmung“ für Lithium. Hierbei stellten sich jedoch anspruchsvolle technische und rechtliche Fragen, wie auch im Hinblick auf die Sicherheit. Wesentlich sei zudem die Sicherstellung der Wasserversorgung. Das Thema Geothermie werde für die ORK auch im nächsten Jahr ein Schwerpunktthema darstellen.

Nicht zuletzt die Pandemie habe die Bedeutsamkeit der Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung aufgezeigt. Dies zeige sich nicht nur in der Entwicklung der Telearbeit, sondern im deutschen Verwaltungsbereich etwa auch in der E-Akte. Es gehe um einen Kulturwandel, den man begreifen, annehmen und für dessen Vorteile man überzeugen müsse. Dazu gehöre auch die Ermöglichung des mobilen Arbeitens zur Förderung des Arbeitsmarkts. Es gehe aber auch darum, dass die Verwaltungen – etwa im Sinne des deutschen Onlinezugangsgesetzes – mehr Leistungen digital anbieten.

Mit Blick auf den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt betont er, dass die Freizügigkeit der Beschäftigten essentiell bleibe. Im Falle von Hindernissen müssten hier Lösungen im Sinne der Bürgerinnen und Bürger erarbeitet werden. Zwischenzeitlich stünden digitale Informationen zum grenzüberschreitenden mobilen Arbeiten am Oberrhein zur Verfügung.

Ein weiteres Thema seien die Begegnungen der Jugend und im Sport. Die Menschen müssten sehen, welche Vorteile ihnen durch die europäische Integration und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zuteilwerden. Der Jugendfonds wie auch der Sportfonds der ORK zur Finanzierung entsprechender Projekte seien daher verlängert worden. Darüber hinaus wurde im Rahmen eines trinationalen Jugendforums der Kontakt mit der Jugend gesucht, um deren Gedanken zu hören. Auf

Basis der gesammelten Erkenntnisse wurde eine Roadmap ausgearbeitet.

Im Bereich Raumordnung, die in der Südpfalz ebenfalls in den Zuständigkeitsbereich der SGD Süd falle, weist er insbesondere auf die anstehende Erarbeitung des Raumkonzepts Oberrhein hin. Ein weiterer Punkt sei auch die Identifizierung der „Missing Links“ im grenzüberschreitenden Radwegenetz.

Er vertrete in der heutigen Sitzung auch Werner SCHREINER, der sich intensiv für das Thema der grenzüberschreitenden Zugverbindungen einsetze. Auch hier müssten sehr dicke Bretter gebohrt werden, zumal solche Projekte viel Zeit bräuchten. Mit der Beschaffung der Züge auf französischer Seite sei bereits ein erster großer Schritt getan, die europaweite Ausschreibung der Linien gestartet. Es gehe jedoch auch um Anpassungen der Infrastruktur, etwas die Verlängerung von Bahnsteigen, den Bau oder die Wiederherstellung von früher bereits bestehenden Verbindungen oder der Wiederaufbau zerstörter Brücken. Neben der Einrichtung neuer Strecken sei jedoch zentral, die bestehenden Strecken durch Direktverbindungen mit guter Frequenz stärker zu nutzen. Er weist in diesem Kontext auch auf die deutsche Diskussion über ein landesweit gültiges Ticket für 9 € oder 49 € hin. Der große Vorteil dieses Tickets bestehe in der einfachen Nutzung deutschlandweit. Eine einfache, attraktive und verbraucherfreundliche Handhabung sei für die Bevölkerung das Wesentliche.

Abschließend weist er darauf hin, dass die Entwicklung einer App für den „Museums-Pass-Musées“ geplant sei. Zudem habe das Forum Kultur eine neue Fördervereinbarung für den Zeitraum 2023-2026 verabschiedet.

Prof. Dr. Hannes KOPF dankt den Anwesenden für ihre Aufmerksamkeit und bittet um Verzeihung, den Schwerpunkt auf die Themen gelegt zu haben, die für ihn persönlich von großer Bedeutung seien.

Matthias ACKERMANN dankt ihm für seine Ausführungen und betont die hohe Bandbreite der erwähnten Themen. Aus seiner Sicht als Ortsbürgermeister werde das Thema Wasser zentral sein, auch mit Blick auf die Bekämpfung von Waldbränden und allgemein die Trinkwasserversorgung.

8. Wahl des Vorstands für das Jahr 2023 und Vorstellung der thematischen Prioritäten 2023

Matthias ACKERMANN verweist auf die turnusgemäße Rotation der ORR-Präsidentschaft zwischen den vier Delegationen. Er drückt seine Bereitschaft aus, auch im kommenden Jahr den Vorsitz der rheinland-pfälzischen Delegation zu übernehmen. Weiterhin dankt er Christian KLEINERT, Koordinator des ständigen Sekretariats, für seine wichtige Arbeit als zentrale Stelle des Netzwerks.

Er verweist auf den Wahlvorschlag für den Vorstand 2023 in den Sitzungsunterlagen und drückt seine Freude darüber aus, dass sich alle bisherigen Vorstandsmitglieder erneut zur Wahl stellen. Er fragt nach Wortmeldungen zum Wahlvorschlag.

Christian ZIMMERMANN erachtet den Umfang der Region Grand Est als zu weitläufig. Alle ORR-Delegationen bestünden aus Vertreterinnen und Vertretern der Gebiete am Oberrhein, die sie repräsentieren. Er fordert die Region Grand Est dazu auf, eine Vertretung aus dem Elsass vorzuschlagen und werde daher gegen den Wahlvorschlag stimmen.

Matthias ACKERMANN erlaubt sich kurz zu reagieren. Er freue sich sehr, dass Brigitte TORLOTING ORR-Mitglied sei und betont die gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr. Zudem seien auch in der rheinland-pfälzischen Delegation Landtagsabgeordnete vertreten, die nicht in der Oberrheinregion beheimatet sind.

Christian DEBEVE unterstreicht, dass die ORR-Mitglieder durch ihre jeweiligen entsendenden Institutionen nominiert würden. Brigitte TORLOTING sei als Vize-Präsidentin der Region Grand Est für europäische und grenzüberschreitende Fragen die richtige Person für diese Stelle und werde ohne Frage eine gute ORR-Präsidentin sein.

Matthias ACKERMANN stellt zunächst zur Abstimmung, ob die Wahl des Vorstands wie üblich en bloc stattfinden darf.

Das Wahlverfahren en bloc wird ohne Gegenstimmen angenommen.

Matthias ACKERMANN stellt den Wahlvorschlag für den Vorstand 2023 zur Abstimmung.

Der Wahlvorschlag für den Vorstand 2023 wird mit einer Gegenstimme angenommen.

Matthias ACKERMANN stellt den gewählten Personen die Frage, ob sie die Wahl annehmen. Dies ist der Fall. Er begrüßt das Wahlergebnis und übergibt das Wort an Brigitte TORLOTING in ihrer Eigenschaft als neu gewählte ORR-Präsidentin 2023.

Brigitte TORLOTING dankt Matthias ACKERMANN und drückt ihre Freude darüber aus, an dieser Plenarversammlung teilnehmen zu dürfen.

Sie erinnert daran, dass der ORR in diesem Jahr das Privileg gehabt habe, sein 25-jähriges Bestehen in Anwesenheit der Präsidentin des Europäischen Parlaments, Roberta METSOLA MdEP, in Straßburg zu feiern. Dieser symbolische Meilenstein, der das entschlossene Engagement des ORR für die Region beweise und die enge und nachhaltige trinationale Zusammenarbeit zum Ausdruck bringe, sei ein starker und unvergesslicher Moment gewesen.

Sie möchte den Moment nutzen, um die bewundernswerte Arbeit von Matthias ACKERMANN im Zuge seiner Präsidentschaft zu würdigen, insbesondere für die Intensivierung der deutsch-französischen Beziehungen und der Zweisprachigkeit in der Region. Sie dankt allen ORR-Mitgliedern und der technischen Ebene herzlich für ihr Engagement und ihre Einsatzbereitschaft. Es sei gerade diese gemeinsame Stärke, die den ORR auszeichne und es ihm heute ermögliche, angesichts der immensen zu bewältigenden Herausforderungen gemeinsam voranzuschreiten.

Sie sei stolz, dankbar und sich vor allem der Verantwortung bewusst, die Präsidentschaft dieser kollegialen Institution zu übernehmen. Man habe in der Region das Glück, auf einem Gebiet von 4,2 Mio. km² in Harmonie und mit der Stärke der gegenseitigen Zusammenarbeit zu leben. Der ORR sei ein unumgänglicher Akteur, der bei allen Themen von europäischem oder grenzüberschreitendem Interesse einbezogen, angehört und konsultiert werden müsse. Es gelte die unter den vergangenen Präsidentschaften in Gang gesetzte Dynamik weiter zu intensivieren. In diesem Zusammenhang sei sie zutiefst von der Notwendigkeit überzeugt, die Nachbarregionen der Region Grand Est und die transregionalen Gremien besser in die zu führenden Debatten einzubeziehen. Sie denke hierbei insbesondere an die Großregion und den Interregionalen Parlamentarierrat. Die mit Ehrgeiz und Anspruch geführte französische Präsidentschaft der Großregion neige sich dem Ende zu und werde im Januar 2023 an das Land Rheinland-Pfalz übergeben. Gemeinsam mit Jean ROTTNER, Präsident der Region Grand Est, habe sie diese Aufgabe sehr geschätzt, da sie es ermöglicht habe, insbesondere den ökologischen Wandel wie auch die Energiewende über den Grand Est hinaus zu betrachten. Sie äußert die Absicht, diese Arbeiten mit dem ORR und zusammen mit den Partnerinnen und Partnern aus der Großregion fortzusetzen. In der Tat gebe es viele Themen, deren Bearbeitung ohne einen koordinierten Ansatz nicht denkbar sei. Daher müssten die Förderung von Synergien und der Blick über den Tellerrand hinaus die Leitlinien des ORR für das Jahr 2023 darstellen.

Um diesen gemeinsamen Ansatz in die Tat umzusetzen, sei es mehr denn je notwendig, auf der regionalen Ebene markante und zukunftssträchtige Themen hervorzuheben und Lösungsansätze für die Umbrüche in unserer Gesellschaft aufzuzeigen. Dies sei von einem besonders fragilen europäischen und internationalen Kontext geprägt. Angesichts der ökologischen und energiepolitischen Dringlichkeit, die sich in den letzten Monaten noch verschärft habe, sei ein umfassender und innovativer Fahrplan ausgearbeitet worden, um an die bereits geleistete Arbeit anzuknüpfen.

Die acht in diesem Fahrplan enthaltenen Prioritäten ließen sich im Wesentlichen in zwei Bereiche unterteilen: einen klar definierten Teil mit umweltpolitischen Themen, der die Aspekte Wasserstoff, Wasser, Wald, alternative Energien und den Radverkehr umfasse, sowie einen ergänzenden Teil mit den Themenfeldern Cybersicherheit, Flächenverbrauch und Jugend. Bevor sie näher auf jede dieser Prioritäten eingeht, betont sie, dass diese bisher natürlich noch nicht vollumfänglich ausdifferenziert worden seien. Sie freue sich darauf, die Themen im Austausch innerhalb des ORR konstruktiv und für die Region gewinnbringend weiterzuentwickeln.

Aufgrund seiner vielfältigen Verwendungsmöglichkeiten liege ein Teil der Lösung für die Umweltprobleme in der Entwicklung des Wasserstoffs. Er könne es schrittweise ermöglichen, andere Energieformen in der Industrie und im Verkehrssektor zu ersetzen. Die Initiative zur Schaffung eines grenzüberschreitenden Labors für die strukturierte Entwicklung von Wasserstoff in Europa zu ergreifen, erfordere ein hohes Maß an Kooperation und Dialog zwischen regionalen und lokalen Akteuren. Es handele sich um ein ehrgeiziges Projekt, das die Region Grand Est bereits vor der Europäischen Kommission vertreten habe und das unter anderem eine sektorspezifische Entschließung fortführen soll, die der Regionalrat am 7. Dezember 2020 zu Innovation und Energiewende verabschiedet habe. Aufgrund der ähnlichen Herangehensweisen im Hinblick auf die Verringerung des CO₂-Ausstoßes könnten einige Anknüpfungspunkte herausgearbeitet sowie eine wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit in diesem Bereich in Betracht gezogen werden. Mittels der Entwicklung einer europäischen Zertifizierung solle die Herstellung, der Transport und die Verwertung des Wasserstoffs sichergestellt werden. Darüber hinaus müssten die Rahmenbedingungen für den Transport und dessen Einspeisung zugunsten der Dekarbonisierung der Industrie durch eine kohärente grenzüberschreitende Vernetzung von Infrastrukturen und Leitungen festgelegt werden. Mittels der Förderung von Fahrzeugen und speziellen Tankstellen entlang der TEN-V-Korridore solle der Wasserstoff im Schwerverkehr verankert werden. Schlussendlich müsse die Aus- und Weiterbildung unterstützt und die Kompetenzen in diesem Bereich durch die Gewährleistung eines ausgewogenen und angemessenen Verhältnisses zwischen den branchenspezifischen Berufen, dem Qualifikationsbedarf sowie der Art und des Umfangs des Ausbildungsangebots verstärkt werden. Wasserstoff sei ein Mittel zur Dekarbonisierung und kein Selbstzweck. Er stelle eine einzigartige Gelegenheit dar, das bereits heute vorhandene Angebot an erneuerbaren Energien am Oberrhein zu ergänzen und den Bedürfnissen eines jeden Gebiets bestmöglich gerecht zu werden. Er stelle im Sinne der Wasserstoffstrategie 2020-2030 der Region Grand Est den roten Faden aller Maßnahmen zur Energieeinsparung, Begrünung und zur Umsetzung eines kohlenstoffarmen Energiemixes dar und solle rheinübergreifend vorangebracht werden.

In einer Resolution aus dem Jahr 2019 habe der ORR bereits die Dringlichkeit gemeinsamer Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserwirtschaft und zur Abschwächung des Klimawandels betont. Der Sommer 2022 habe dies mit wiederholten Hitzewellen und geringen Niederschlägen auch in den nördlichen Gebieten leider erneut gezeigt. Der Klimawandel wirke sich in erster Linie auf die Wasserressourcen und die Naturräume aus, was die Entwicklung eines sektorübergreifenden Ansatzes erfordert. Der Rückgang der Wasserressourcen habe vielfältige Auswirkungen etwa auf Landwirtschaft, Tourismus, Industrie, Umwelt und Verkehr. Frankreich, Deutschland und die Schweiz

konstatierten den gleichen dringenden Handlungsbedarf, mit Blick auf die Quantität und Qualität der Wasserressourcen schnell und wirksam zu handeln. Es scheine daher unerlässlich, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit für eine integrierte, ausgewogene und nachhaltige Bewirtschaftung der Wasserressourcen zu verstärken. Auf der Ebene des Oberrheins gebe es bereits Initiativen: das INTERREG-Projekt ERMES-II-Rhein 2022-2025 ziele darauf ab, die Kenntnisse der Entscheidungsträger über die Schadstoffmuster des rheinischen Tiefengrundwassers zu erhöhen, um zur Entwicklung von Strategien zur Erhaltung der Trinkwasserreserven am Oberrhein beizutragen. Es zeichne sich zudem ein Interreg VI-Projekt ab, das vom *Bureau de Recherche Géologique et Minière* getragen werde, um sich mit der quantitativen Erhaltung der Wasserressourcen zu beschäftigen. Die Region Grand Est möchte gerade zum Thema der Wassermenge und -nutzung mit ihren Nachbarregionen zusammenarbeiten. Eine trinationale politische Vision hätte den doppelten Vorteil, die Überlegungen dieses im Entstehen begriffenen Projekts zu unterstützen und eine Debatte über ein für die gesamte Region grenzüberschreitend bedeutsames Thema zu führen.

Die gegenwärtige Situation sei durch eine starke Nachfrage nach Holz seitens der Wirtschaft gekennzeichnet. Eine nachhaltige Waldbewirtschaftung erfordere die Wiederaufforstung nach der Fällung unter Berücksichtigung der klimatischen Unwägbarkeiten und der Wildtiere. Die Herausforderungen seien besonders akut: Gesundheitskrisen im Wald etwa durch den Borkenkäfer, die die Auswirkungen des Klimawandels auf die Wälder widerspiegeln, Unterstützung der Unternehmen beim agroökologischen Wandel, Wiederaufforstung der Waldbestände oder auch Anreize für neue Holznutzungen. Die Grenzregionen haben gemeinsame Anliegen in Bezug auf den Wald.

Die Energiekrise, die durch Schwierigkeiten bei der Gasversorgung, die Angst vor einem kalten Winter, einen deutlichen Anstieg der Energiekosten, den Klimawandel und die Ziele zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen - auf nationaler und regionaler Ebene sowie beiderseits der Grenze - ausgelöst worden sei, führe dazu, dass das Thema der erneuerbaren Energien wieder stärker in den Vordergrund rücke. Die Beschleunigung der Energiewende und des ökologischen Wandels sei für die Erreichung dieser Ziele unerlässlich und könne nur durch Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs, z. B. in Unternehmen oder im Transportwesen, und die gleichzeitige Entwicklung alternativer Energien erreicht werden. Erneuerbare Energien hätten den Vorteil, dass sie unsere Energieabhängigkeit zugunsten lokaler, in den Regionen verankerter Energien verringern. Zahlreiche INTERREG-Projekte am Oberrhein hätten sich bereits mit dieser Thematik befasst, die im Übrigen auch zu den Prioritäten der neuen Programms INTERREG VI gehöre.

Die Stärkung der Multimodalität sei zweifellos eine Antwort auf die Herausforderungen, die für die kommenden Jahrzehnte skizziert werden. Das Fahrrad müsse mehr denn je als hervorragendes Instrument zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes, zur Wiederaneignung des öffentlichen Raums, aber auch zur Verringerung der Straßenbelastung gefördert werden. Der Oberrhein habe das Potenzial, zu einem Modellraum in Sachen Radverkehr auf europäischer Ebene zu werden. Es handele sich um ein dicht besiedeltes Gebiet, in dem die alternative Mobilität einen wichtigen Platz in der Alltagskultur der Bevölkerung einnehme. Diese Priorität müsse aufgrund der damit verbundenen Herausforderungen gemeinsam angegangen werden: Dies umfasse die Wahrnehmung der Abwesenheit von Grenzen, das Potenzial zur Steigerung der wirtschaftlichen Effekte in Verbindung mit dem Fahrradtourismus sowie die Notwendigkeit alternativer Angebote auf der Grundlage des Fahrrads aus Klimaschutzgründen im Hinblick auf die Lebensqualität, Gesundheitsaspekte und in einem sich verschlechternden Energiekontext. Die Region Grand Est lege großen Wert darauf, umweltfreundliche Fortbewegungsarten und die Intermodalität mit dem Fahrrad zu fördern. Dies geschehe im Rahmen eines speziellen Aktionsplans, dem *Plan Régional Vélo 2022-2028*. Mit diesem Plan solle eine echte Radverkehrsdynamik in der gesamten Region angestoßen werden, um den gegenwärtigen Anteil des

Radverkehrs am Verkehrsaufkommen zu erhöhen. Alle Beteiligten hätten in diesem Prozess ihre Rolle zu spielen. So verfolgten die Region und die Eurometropole Straßburg im Rahmen des S-Bahn-Netzes Straßburg (REME) gemeinsam und grenzüberschreitend das Ziel, einen deutlichen Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel im Alltagsverkehr zu bewirken. Am Oberrhein seien die Entwicklungsperspektiven groß: Neben der Möglichkeit, die Region als Reiseziel zu vermarkten, sollten lokale und grenzüberschreitende Radwanderwege geschaffen werden, um den Freizeit- und Alltagsradverkehr zu fördern.

Die Anzahl der Cyberangriffe in Frankreich sei zwischen 2020 und 2021 um das Vierfache gestiegen. Die Prognosen für 2022 zeigten einen deutlichen Anstieg von 800 % zwischen 2021 und 2022. In Anbetracht dessen seien die Herausforderungen der Cybersicherheit für die Entscheidungsträger nunmehr auf die gleiche Ebene zu stellen wie wirtschaftliche, strategische und Imageprobleme. Die Erhöhung des Cybersicherheitsniveaus der Unternehmen in der Region durch die Unterstützung bei der Bewertung des Cyberreifegrads, die Entwicklung von Abhilfemaßnahmen und die Umsetzung von Projekten zur Verbesserung der Cybersicherheit in den Unternehmen sei das Ziel der Region Grand Est. Die Sensibilisierung für das Cyberrisiko erfolge durch die Akteure vor Ort, aber auch durch Veranstaltungen wie das Oberrheinforum zu Cyberbedrohungen. Die Unternehmen vernetzten ihre Informationssysteme immer stärker. Mehr als 50 % der Industrieunternehmen im Grand Est hätten bedeutende Kapital- oder Handelsbeziehungen über die Grenzen hinweg. Die Prävention von Cyberangriffen, die Betreuung von Opfern und die Ausbildung im Bereich Cybersicherheit seien daher Arbeitsbereiche, die künftig noch stärker in Betracht gezogen werden müssten.

Eine sparsame Flächennutzung bedeute, dass bei weniger Landverbrauch gleichzeitig mehr und besser gebaut werden müsse. Der Boden sei eine begrenzte, nicht erneuerbare Ressource, die immer noch zu stark verbraucht werde. In einem am 28. Februar veröffentlichten Bericht habe das *Intergovernmental Panel on Climate Change* (IPCC) erneut klar die Auswirkungen des Klimawandels auf unsere Gesellschaft beschrieben. Demnach müssten sich unsere Lebens-, Konsum- und Produktionsweisen um jeden Preis drastisch ändern, saubere Technologien entwickelt und der Anspruch auf mehr Genügsamkeit erhoben werden. Es brauche verschiedene Lösungen, die den unterschiedlichen Situationen auf lokaler Ebene gerecht werden. Das Ziel des Netto-Null-Flaschenverbrauchs, in Frankreich kurz ZAN genannt (*Zéro Artificialisation Nette*), sei eine Chance, die Herausforderung dieses Wandels gemeinsam zu meistern. Es gehe darum, die Optionen zur Stadterneuerung zu vervielfältigen und zu unterstützen, Brachflächen umzunutzen, Leerstand und Leerräume in Städten und Dörfern zu bekämpfen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, Alternativen zum Wohnungsneubau durch Flächenversiegelung zu finden und allgemein Anreize für eine nachhaltige Stadtplanung zu schaffen. Es müsse jedoch klar sein, dass null Flächenversiegelung nicht null Entwicklung bedeute. Um dieses Ziel zu erreichen, müssten gemeinsam neue Wege der Raumplanung entwickelt werden, um die Region zu schonen. Die Vermeidung und Verringerung von Auswirkungen blieben natürlich die Regel, aber es müssten alle technischen und finanziellen Instrumente für regionale Ausgleichslösungen geschaffen werden, sodass die lebenswichtige Verbindung zwischen Ökologie und Wachstum hergestellt werden kann. Um die notwendige Konsequenz bei der Bewältigung dieser gemeinsamen Herausforderung zu gewährleisten, dürfe auf keinen Fall der Eindruck entstehen, dass die Anstrengungen beschleunigt werden müssen. Vielmehr müsse ein erster Schritt getätigt werden. **Brigitte TORLOTING** begrüßt an dieser Stelle die Schritte, die der ORR bereits zur Stärkung der grenzüberschreitenden Abstimmung in der Raumplanung unternommen habe.

Angesichts der zunehmenden Jugendprekarität auf beiden Seiten des Rheins müsse die Jugend in dieser Zeit aufeinanderfolgender Krisen geschützt werden. Die heutige Situation sei paradox, da die Beschäftigung wieder deutlich zunehme und gleichzeitig prekäre Situationen aufgrund steigender

Lebenshaltungskosten entstünden. Die verschiedenen Lebensbereiche junger Menschen seien davon betroffen, u.a. Gesundheit, Zugang zu Wohnraum und Mobilität, Ernährung, qualifizierte Beschäftigung oder Zugang zu Kultur. All diese Aspekte ließen sich in mehreren Regionen am Oberrhein feststellen. In der Region Grand Est habe der Jugendregionalrat sich für diese Frage eingesetzt und den Kampf gegen die Prekarität zum Leitmotiv seiner Mandatsperiode 2022-2023 erklärt. Sie sei überzeugt, dass grenzüberschreitende Maßnahmen unter Einbezug von Jugendlichen aus den verschiedenen Regionen des Oberrheins denkbar sind. Die Jugend müsse in der heutigen Zeit eine entscheidende Rolle spielen und die Aufgabe der Anwesenden sei es, sie zu begleiten und ihnen ein Verständnis für die Welt zu vermitteln. Ein verstärkter Austausch werde es der Oberrheinregion ermöglichen, in anderen Regionen bereits bestehende Initiativen zu identifizieren und gemeinsam neue zu entwickeln.

All diese strukturierenden und hochaktuellen Themen seien miteinander verknüpft und gäben Anlass, konkrete Orientierungen und Perspektiven für die Zukunft zu definieren. Sie bittet alle Mitglieder, diese Herausforderungen weiträumig zu verbreiten und den Kontakt zu den Akteuren in Politik, Wirtschaft und Verbänden am Oberrhein und in Europa zu suchen. Sie freue sich darauf, gemeinsam mit dem ORR aktiv zu werden, und betont, dass es nicht an Terminen mangeln werde. Sie weist bereits jetzt auf die Daten der Plenarsitzungen 2023 hin, die am 23. Juni und 1. Dezember stattfinden werden. Der Vorstand werde sich am 3. Februar zu einer ersten Sitzung zusammenfinden. Sie dankt den Anwesenden für ihre Aufmerksamkeit.

Matthias ACKERMANN dankt ihr für die Vorstellung des ambitionierten Arbeitsprogramms 2023. Er fragt nach Wortbeiträgen. Dies ist nicht der Fall

9. Verschiedenes

Matthias ACKERMANN informiert die Mitglieder, dass das ständige Sekretariat nach dem Ende des INTERREG-Projekts am 30. September 2022 in seiner bisherigen Form verstetigt werden konnte. Physisch bleibe es in der Rehfusvilla in Kehl beim Euro-Institut angesiedelt und werde weiterhin von Christian KLEINERT koordiniert. Er dankt allen Finanzierungspartnern für die Unterstützung.

Weiterhin weist er darauf hin, dass die Liste mit den bereits feststehenden Sitzungsterminen 2023 in den Sitzungsunterlagen enthalten sei.

Abschließend betont er, wie viel Freude ihm die ORR-Präsidentschaft gerade in seiner Eigenschaft als Vertreter der kommunalen Ebene bereitet habe. Für die Zukunft möchte er anregen, sich nicht im Klein-Klein zu verlieren und eher das „große Bild“ zu sehen. Für viele sei die Oberrheinregion ein Vorbild, in der der europäische Gedanke besonders gelebt werde. An dieser Stelle richtet er einen besonderen Dank an die Schweizer Delegation für ihren Einsatz zur europäischen Zusammenarbeit.

Er fragt, ob noch weitere Themen unter dem TOP „Diverses“ besprochen werden sollen.

Dr. Christian VON WARTBURG dankt Matthias ACKERMANN im Namen der Schweizer Delegation noch einmal herzlich für seine Präsidentschaft. Er wisse, wie viel Arbeit darin steckt.

Béa BIEBER gratuliert Brigitte TORLOTING im Namen der Schweizer Delegation herzlich zu ihrer Wahl und wünscht alles Gute für ihre Präsidentschaft.

Brigitte TORLOTING dankt ihrer Vorrednerin und schließt sich dem Dank von Dr. Christian VON WARTBURG an Matthias ACKERMANN an.

Matthias ACKERMANN dankt allen Anwesenden für ihre Teilnahme, wie auch den Dolmetscherinnen und allen an der Organisation beteiligten Personen für ihre Unterstützung. Er schließt die Sitzung.

Anlagen

Beschlüsse vom 5. Dezember 2022

Resolution „Rechtliche Grundlagen für grenzüberschreitende Einsätze der Rettungsdienste im Dreiländereck schaffen“

Resolution „Grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt am Oberrhein stärken mit ganzheitlichen Lösungen für mobile und Telearbeit“

Resolution „Ausbau grenzüberschreitender Verkehrsverbindungen in der deutsch-französisch-schweizerischen Oberrheinregion“

Resolution „Zweisprachigkeit am Oberrhein fördern“

Resolution „Nachhaltigkeit am Oberrhein trinational voranbringen“

Resolution „Für eine lösungs- und kompromissorientierte deutsch-französische Zusammenarbeit auf nationaler Ebene“

Präsentationen

Präsentation von Prof. Dr. Hannes KOPF (TOP 7)

PLENARVERSAMMLUNG VOM 5. DEZEMBER 2022

Rechtliche Grundlagen für grenzüberschreitende Einsätze der Rettungsdienste im Dreiländereck schaffen

**Der Oberrheinrat, in seiner Plenarsitzung vom 5. Dezember 2022 und auf Vorschlag der
Kommission Wirtschaft – Arbeitsmarkt - Gesundheit,**

1. erachtet eine gut funktionierende grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Rettungsdienste am Oberrhein als wichtigen Faktor für die Notfallversorgung in Grenznähe, da dank ihr Phasen der Spitzenbelastung der Rettungsdienste aufgefangen und je nach Fallgestaltung kürzere Hilfsfristen erreicht werden können;
2. erinnert in diesem Zusammenhang auch an seine Resolution „Trinationales Lagezentrum aufbauen und grenzüberschreitenden Rettungsdienst am Oberrhein intensivieren“ vom 27. Juni 2022, in der er auch außerhalb von Krisensituationen Optimierungspotenzial für den grenzüberschreitenden Rettungsdienst am Oberrhein festgestellt hat;
3. konstatiert jedoch, dass nicht in allen Teilen des Oberrheins eine rechtliche Grundlage für grenzüberschreitende Einsätze der Rettungsdienste existiert, wodurch sich die Rettungskräfte vor Ort bei Lebensrettungseinsätzen im Nachbarland in Bezug auf haftungs- und betäubungsmittelrechtliche Fragen teils in juristischen Grauzonen bewegen. Dies zeigt sich beispielhaft in den Problemstellungen, die sich bei Einsätzen der basel-städtischen Sanität in der Sportanlage Pfaffenholz oder am EuroAirport ergeben;
4. begrüßt die bereits vorhandenen Vereinbarungen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Rettungsdienste zwischen dem Elsass und Baden-Württemberg (2009, aktualisiert 2021) sowie Rheinland-Pfalz und dem Elsass (2009);
5. bedauert, dass bisher noch keine entsprechenden Abkommen zwischen den Kantonen der Nordwestschweiz und den deutschen und französischen Nachbarn abgeschlossen wurde;
6. würdigt die bereits begonnenen Verhandlungen für ein entsprechendes Abkommen zwischen dem Elsass und den angrenzenden Kantonen sowie die Bemühungen der Oberrheinkonferenz auf diesem Gebiet;
7. fordert die zuständigen Stellen auf, zeitnah einen Fahrplan hin zur Unterzeichnung eines entsprechenden Abkommens zwischen der Nordwestschweiz und Baden-Württemberg aufzustellen sowie im Hinblick auf die Unterzeichnung eines Abkommens zwischen der Nordwestschweiz und dem Elsass konkret voranzukommen;
8. betont in diesem Kontext, dass auch Vereinbarungen wie das 2021 abgeschlossene „Abkommen über die alltäglichen Hilfeleistungen der Feuerwehren im Grenzgebiet“ im Verhältnis Elsass / Baden-Württemberg auf dem gesamten Gebiet des Oberrheins umgesetzt werden sollten.

Der Oberrheinrat richtet diese Resolution an:

- in Frankreich:
 - die Abgeordneten der *Assemblée nationale* aus dem Oberrheinraum
 - die Präfektur der Region Grand Est
 - die *Agence régionale de Santé* Grand Est
 - die Region Grand Est
 - die Europäische Gebietskörperschaft Elsass
- in Deutschland:
 - die Landesregierung Baden-Württemberg
 - die Landesregierung Rheinland-Pfalz
- in der Schweiz:
 - die Nordwestschweizer Regierungskonferenz
- auf grenzüberschreitender Ebene:
 - die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung (zur Kenntnis)
 - den deutsch-französischen Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit (zur Kenntnis)
 - die Oberrheinkonferenz (zur Kenntnis)

PLENARVERSAMMLUNG VOM 5. DEZEMBER 2022

Grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt am Oberrhein stärken mit ganzheitlichen Lösungen für mobile und Telearbeit

Der Oberrheinrat, in seiner Plenarsitzung vom 5. Dezember 2022 und auf Vorschlag der Kommission Wirtschaft – Arbeitsmarkt - Gesundheit,

1. erinnert an seine Resolution „Mobile und Telearbeit für Grenzgängerinnen und Grenzgänger erleichtern“ vom 10. Dezember 2021, in der er die Bedeutung einer Anpassung der rechtlichen Grundlagen für grenzüberschreitende Telearbeit und mobile Arbeit vor dem Hintergrund der Lebensrealität in den Grenzregionen hervorgehoben hat;
2. möchte diese Resolution aufgrund des schrittweisen Auslaufens der pandemiebedingt eingeführten Ausnahmeregelungen am 30. Juni 2022 und am 31. Dezember 2022 fortschreiben;
3. betont die Bedeutung des grenzüberschreitenden Arbeitsmarkts für die Oberrheinregion und sieht in einer Rückkehr zu den Regelungen bezüglich mobiler und Telearbeit aus der Zeit vor der Covid-19-Pandemie Risiken für dessen Zukunftsfähigkeit: Ohne eine Modernisierung des Rechtsrahmens wird die Attraktivität im Nachbarland zu arbeiten sowohl aus Sicht der Beschäftigten als auch der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zwangsläufig abnehmen, was den trinationalen Arbeitsmarkt nachhaltig schädigen könnte;
4. sieht in diesem Zusammenhang insbesondere das Risiko einer Ungleichbehandlung von Beschäftigten im selben Unternehmen oder derselben Einrichtung als wesentlichen Faktor, wenn sich die rechtlichen Rahmenbedingungen für mobile und Telearbeit je nach Wohn- oder Einsatzort unterscheiden;
5. stellt fest, dass im Hinblick auf mobile Arbeit und Telearbeit unterschiedliche Rechtsgebiete betroffen sind, die im grenzüberschreitenden Kontext berücksichtigt und gemeinsam betrachtet werden müssen: Neben dem Sozialversicherungs- und Steuerrecht betrifft dies auch das Arbeitsrecht sowie den Arbeitsschutz;
6. fordert daher die zuständigen Akteure auf, unter Berücksichtigung der angeführten Aspekte eine ganzheitliche Lösung im Sinne der grenzüberschreitend Beschäftigten am Oberrhein zu erarbeiten und umzusetzen;
7. lädt die national zuständigen Behörden dazu ein, in dieser Frage ein koordiniertes Vorgehen auf europäischer Ebene zu suchen und voranzutreiben;
8. fordert die national zuständigen Behörden allgemein dazu auf, die notwendigen Informationen für Beschäftigte, Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber mehrsprachig auf ihren Internetseiten zu veröffentlichen sowie frühzeitig verbindliche Ansprechpersonen für Beratungseinrichtungen wie die INFOBESTen am Oberrhein zur Verfügung zu stellen;

9. ermuntert die national zuständigen Behörden Verfahren und insbesondere Anträge so auszugestalten, dass diese barrierefrei und vor allem mehrsprachig von Beschäftigten mit Wohnsitz im Nachbarland und von ausländischen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern in Anspruch genommen werden können;
10. erachtet es in diesem Zusammenhang als zielführend auf die Möglichkeiten zur Lösung dieses Sachverhalts hinzuweisen, die sich durch die Einführung eines Europäischen grenzübergreifenden Mechanismus (ECBM) ergeben könnten.

Der Oberrheinrat richtet diese Resolution an:

- in Frankreich:
 - die Abgeordneten der *Assemblée nationale* aus dem Oberrheinraum
 - das *Ministère du travail, du plein emploi et de l'insertion*
 - die Präfektur der Region Grand Est
 - die Region Grand Est
 - die Europäische Gebietskörperschaft Elsass
- in Deutschland:
 - die Abgeordneten des Deutschen Bundestages aus dem Oberrheinraum
 - das Bundesministerium für Arbeit und Soziales
 - die Landesregierung Baden-Württemberg
 - die Landesregierung Rheinland-Pfalz
- in der Schweiz:
 - die Mitglieder der Bundesversammlung aus dem Oberrheinraum
 - den Schweizer Bundesrat
 - die Nordwestschweizer Regierungskonferenz
- auf europäischer Ebene:
 - die Mitglieder des Europäischen Parlaments aus dem Oberrheinraum
 - die Europäische Kommission
- auf grenzüberschreitender Ebene:
 - die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung (zur Kenntnis)
 - den deutsch-französischen Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit (zur Kenntnis)
 - die Oberrheinkonferenz (zur Kenntnis)

PLENARVERSAMMLUNG VOM 5. DEZEMBER 2022

Ausbau grenzüberschreitender Verkehrsverbindungen in der deutsch-französisch-schweizerischen Oberrheinregion

Der Oberrheinrat, in seiner Plenarsitzung vom 5. Dezember 2022 und auf Vorschlag der Kommission Verkehr – Raumordnung – Katastrophenhilfe,

1. betont, dass die Zukunftsfähigkeit der Oberrheinregion insbesondere von leistungsfähigen grenzüberschreitenden Verkehrsinfrastrukturen abhängt und verweist in diesem Kontext auf die Ziele der Strategie 2030 für die Trinationale Metropolregion Oberrhein;
2. erinnert an seine Resolutionen im Verkehrsbereich aus den vergangenen Jahren:
 - „Ausbau grenzüberschreitender Verkehrsverbindungen am Oberrhein zwischen Deutschland und Frankreich“ vom 03.12.2018¹,
 - „Ausbau grenzüberschreitender Bahnverbindungen am Oberrhein“ vom 07.06.2019²,
 - „Ausbau grenzüberschreitender Verkehrsverbindungen im Grenzraum CH-D-F am Oberrhein“ vom 07.09.2019³,
 - „Verbesserung der grenzüberschreitenden Mobilität durch die Einrichtung neuer öffentlicher Buslinien am Oberrhein“ vom 07.12.2020⁴ und
 - „Ertüchtigung der grenzüberschreitenden Schienenverbindungen im nördlichen Oberrhein sicherstellen“ vom 10.12.2021⁵;
3. begrüßt, dass eine Reihe der darin geforderten Maßnahmen zur Verbesserung des grenzüberschreitenden Verkehrs in der Oberrheinregion zwischenzeitlich umgesetzt oder auf den Weg gebracht wurde;
4. stellt jedoch auch fest, dass verschiedene Forderungen noch nicht angegangen wurden;
5. möchte daher die vorgenannten Resolutionen auf Basis einer Prüfung des Umsetzungsstands der einzelnen Maßnahmen fortschreiben und verweist auf die nachfolgende Projektliste;
6. fordert die zuständigen Stellen auf allen Ebenen auf, diese für das Zusammenwachsen der Grenzregion wichtigen Projekte zeitnah aufzugleisen und umzusetzen, insbesondere im Hinblick auf das Ziel einer emissionsärmeren und nachhaltigen Verkehrswende.

¹ <https://www.oberrheinrat.org/de/beschluesse/display/ausbau-grenzueberschreitender-verkehrsverbindungen-am-oberrhein-zwischen-deutschland-und-frankreich.html>

² <https://www.oberrheinrat.org/de/beschluesse/display/ausbau-grenzueberschreitender-bahnverbindungen-am-oberrhein.html>

³ <https://www.oberrheinrat.org/de/beschluesse/display/ausbau-grenzueberschreitender-verkehrsverbindungen-im-grenzraum-ch-d-f-am-oberrhein.html>

⁴ <https://www.oberrheinrat.org/de/beschluesse/display/verbesserung-der-grenzueberschreitenden-mobilitaet-durch-die-einrichtung-neuer-oeffentlicher-buslinien-am-oberrhein.html>

⁵ <https://www.oberrheinrat.org/de/beschluesse/display/ertuechtigung-der-grenzueberschreitenden-schienenverbindungen-im-noerdlichen-oberrhein-sicherstellen.html>

Schienenverkehr

Der Oberrheinrat begrüßt die Umsetzungsfortschritte der folgenden Projekte:

- a) Ausbau der Hochrheinstrecke Basel-Singen, insbesondere die Elektrifizierung des Abschnitts Basel-Erzingen (Abschluss geplant 2025/27)
- b) Schienenanbindung des EuroAirports Basel-Mulhouse-Freiburg (Zeitpunkt der Inbetriebnahme muss nach Abschluss der laufenden APD-Studie präzisiert werden)
- c) Beschaffung und Entwicklung von 30 grenzüberschreitenden deutsch-französischen Zügen des Typs Coradia polyvalent

Der Oberrheinrat bekräftigt seine Unterstützung für die folgenden Projekte, für deren Umsetzung noch Hürden überwunden werden müssen:

Neu- oder Wiederaufbau

- a) Bau des „Herzstücks“ Basel (unterirdische Verbindung zwischen Basel SBB und Basel Bad Bf.) für die Umsetzung des Zielzustands der trinationalen S-Bahn Basel
- b) Wiederaufbau der Strecke Colmar-Freiburg
- c) Wiederaufbau der Strecke Hagenau-Rastatt
- d) Fertigstellung des Ostasts der LGV Rhin-Rhône (Petit-Croix-Lutterbach)

Ausbau

- a) Ausbau der Strecke Kehl-Appenweier, inklusive neuer Verbindungskurve zur Ausbau- bzw. Neubaustrecke Offenburg-Karlsruhe
- b) Ertüchtigung der Strecke Straßburg-Weißenburg-Neustadt/Weinstraße
- c) Ertüchtigung der Strecke Wörth-Lauterburg-Straßburg
- d) Ertüchtigung der Strecke Straßburg-Mommenheim-Saarbrücken

Angebotsverbesserungen

- a) Einrichtung umsteigefreier Verbindungen zwischen dem EuroAirport und Freiburg im Breisgau sowie Rheinfeldern
- b) 30-Minuten-Takt für die Verbindung Laufenburg-Stein
- c) 15-Minuten-Takt zwischen Basel Bad Bahnhof und Lörrach
- d) Erhöhung des Verkehrsangebots auf den sieben grenzüberschreitenden Regionalverbindungen zwischen Frankreich und Deutschland (am Oberrhein: Straßburg-Offenburg, Mulhouse-Müllheim-Freiburg i. Br., Straßburg-Lauterburg-Karlsruhe und Straßburg-Weißenburg-Neustadt/Weinstraße)

Der Oberrheinrat fordert die Aufnahme von Planungen hinsichtlich der folgenden Projekte:

- a) Aufbau von Ausweichstrecken für die Rheintalbahn, insbesondere im Güterverkehr
- b) Bau des Wisenbergtunnels (Strecke Liestal-Olten)
- c) Ertüchtigung der Strecke Wörth-Winden
- d) Schienenanbindung des neuen Gewerbeparks EcoRhena bei Fessenheim
- e) Wiederaufbau der Palmrain-Eisenbahnbrücke
- f) Verlängerung der Bahnsteige im Bahnhof Olten auf 400m
- g) Multimodaler Ausbau des Schienen- und Binnenschiffahrtsgüterverkehrs zwischen dem Oberrhein und der Rhône

Radverkehr

Der Oberrheinrat begrüßt die Umsetzungsfortschritte der folgenden Projekte:

- a) Prüfung des Ausbaubedarfs für sichere Radstellplätze an den Bahnhöfen im Raum Basel
- b) Radschnellweg Offenburg-Kehl-Strasbourg

Der Oberrheinrat bekräftigt seine Unterstützung für die folgenden Projekte, für deren Umsetzung noch Hürden überwunden werden müssen:

- a) Brücke für Rad- und Fußverkehr Gerstheim-Schwanau
- b) Radwege grenzüberschreitend besser vernetzen und beschildern
- c) Rheinquerung für Radfahrer auf Höhe Beinheim-Wintersdorf (Teil des PAMINA-Radrundwegs)

Straßenverkehr

Der Oberrheinrat begrüßt die Umsetzungsfortschritte der folgenden Projekte:

- a) Busverbindung Biederthal-Rodersdorf-Leymen
- b) Busverbindung Erstein-Lahr
- c) Prüfung der Ausbaumöglichkeiten von Park&Ride-Konzepten in der Agglomeration Basel
- d) Schnellbus Colmar-Breisach (*bis zur Inbetriebnahme der Schienenverbindung*)
- e) Busverbindung Rastatt-Hagenau (*bis zur Inbetriebnahme der Schienenverbindung*)

Der Oberrheinrat bekräftigt seine Unterstützung für die folgenden Projekte, für deren Umsetzung noch Hürden überwunden werden müssen:

- a) Busverbindung Gamsheim-Rheinau-Freistett
- b) Busverbindung Hagenau-Achern
- c) Busverbindung Offenburg-Illkirch
- d) Busverbindung Lörrach-EuroAirport
- e) Trinationale Förderkulisse für grenzüberschreitende Buslinien
- f) Grenzüberschreitende Anerkennung der Umweltplaketten

Der Oberrheinrat fordert die Aufnahme von Planungen hinsichtlich der folgenden Projekte:

- a) Busverbindung Riehen S-Inzlingen
- b) Verbesserung der LKW-Parkplatzsituation an den Grenzübergängen Weil am Rhein & Rheinfelden
- c) Busverbindung Stein-Bad Säckingen
- d) Busverbindung Emmendingen-Sélestat
- e) Busverbindung Kaiseraugst-Rheinfelden (DE)-Herten
- f) Prüfung des Bedarfs neue Rheinquerung Basel und Neuenburg

Der Oberrheinrat richtet diese Resolution an:

- in Frankreich:
 - die Präfektur der Region Grand Est
 - die Region Grand Est
 - die Europäische Gebietskörperschaft Elsass
 - die Eurometropole Straßburg
 - SNCF Réseau
- in Deutschland:
 - die Landesregierung Baden-Württemberg
 - die Landesregierung Rheinland-Pfalz
 - das Bundesministerium für Digitales und Verkehr
 - die DB Netz AG
- in der Schweiz:
 - die Nordwestschweizer Regierungskonferenz
 - den Verein Agglo Basel
 - die SBB
- auf grenzüberschreitender Ebene:
 - die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung (zur Kenntnisnahme)
 - den deutsch-französischen Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit (zur Kenntnisnahme)
 - die Oberrheinkonferenz (zur Kenntnisnahme)

PLENARVERSAMMLUNG VOM 5. DEZEMBER 2022

Zweisprachigkeit am Oberrhein fördern

Der Oberrheinrat, in seiner Plenarsitzung vom 5. Dezember 2022 und auf Vorschlag der Kommission Kultur, Jugend, Bildung, Sport,

1. erinnert an die Erklärung der Oberrheinkonferenz zur Förderung der Zweisprachigkeit, die vor 20 Jahren verabschiedet wurde;
2. erinnert weiterhin an seine Resolution „Erzieher- und Erzieherinnenausbildung für bilinguale Kindertagesstätten“ vom 10. Juni 2013 ¹;
3. sowie insbesondere die Oberrhein-Charta zur Förderung der Mehrsprachigkeit vom 10. Juni 2013 ², die neben dem Oberrheinrat von der Oberrheinkonferenz, dem Städtenetz sowie den Eurodistrikten unterzeichnet wurde;
4. sieht die Zweisprachigkeit der Bevölkerung im Grenzraum im Sinne seiner Resolution „Vermittlung der Sprache des Nachbarn Deutsch und Französisch entlang der deutsch-französischen Sprachgrenze in der Großregion und in der Oberrheinregion“ vom 04.12.2017 ³ als zentrales Mittel für ein stärkeres Zusammenwachsen der Region;
5. betont, dass die genannten Resolutionen und Erklärungen zahlreiche wertvolle und zielführende Empfehlungen zur Verbesserung der Zweisprachigkeit im Oberrheinraum enthalten, die weiterhin aktuell sind und deren Weiterverfolgung erstrebenswert erscheint;
6. würdigt die bestehenden Ansätze und Initiativen der beteiligten Regionen zur Förderung der Vermittlung der Sprache des Nachbarlandes;
7. beobachtet jedoch mit Besorgnis die Tendenz, dass die französischsprachigen Bildungsangebote in einzelnen Gebietskörperschaften des Oberrheinraums im Rückgang sind;
8. und fordert daher erneut die Ausarbeitung eines gemeinsamen Konzepts zur Förderung der Zweisprachigkeit am Oberrhein, um im Sinne der Ziele der Oberrhein-Charta vom 10. Juni 2013 Synergien zu schaffen und deren Umsetzung voranzutreiben;
9. sieht insbesondere Bedarfe für eine stärkere Unterstützung von Frühsprachlehrprogrammen auf der Ebene der Vorschulen, Kindergärten und Kindertagesstätten;
10. ermutigt insbesondere die für die Finanzierung von Bildung und Erziehung zuständigen Stellen in allen Gebieten des Oberrheins, erfolgreiche Angebote beizubehalten oder neu zu schaffen, und diese Instrumente im Rahmen des zu erarbeitenden gemeinsamen

¹ <https://www.oberrheinrat.org/de/beschluesse/display/erzieher-und-erzieherinnenausbildung-fuer-bilinguale-kindertagesstaetten.html>

² https://www.oberrheinkonferenz.org/de/bildung-und-erziehung/downloads.html?file=files/assets/Erziehung-und-Bildung/docs_de/DE-Oberrhein-Charta-Mehrsprachigkeit-2013.pdf

³ <https://www.oberrheinrat.org/de/beschluesse/display/vermittlung-der-sprache-des-nachbarn-deutsch-und-franzoesisch-entlang-der-deutsch-franzoesischen-sprachgrenze-in-der-grossregion-und-in-der-oberrheinregion.html>

Konzepts zur Förderung der Zweisprachigkeit am Oberrhein zu berücksichtigen, um ein langfristiges Konzept für den ganzen Oberrheinraum aufzulegen;

11. bittet um Mitteilung, wie sich die Zahlen der zweisprachig unterrichteten Kinder an den einzelnen Schulformen sowie die zweisprachigen Angebote im Bereich der Kindergärten, Kindertagesstätten und Vorschulen in den letzten 20 Jahren entwickelt haben;
12. und regt an, durch geeignete Maßnahmen auch ein stärkeres Interesse und eine größere Akzeptanz für die genannten Angebote bei Eltern zu schaffen;
13. beobachtet eine Entwicklung von zweisprachigen Schulen, die mit Immersionsunterricht in einsprachigen Gebieten, die Sprache lernen. Diese Projekte⁴ könnten als Modelle für die Grenzgebieten benutzt werden.

Der Oberrheinrat richtet diese Resolution an:

- in Frankreich:
 - die Präfektur der Region Grand Est
 - die Region Grand Est
 - die *Collectivité européenne d'Alsace*
- in Deutschland:
 - die Landesregierung Baden-Württemberg
 - die Landesregierung Rheinland-Pfalz
 - den Kreistag Südwestpfalz
 - den Kreistag Südliche Weinstraße
 - den Kreistag Germersheim
 - den Stadtrat der kreisfreien Stadt Landau in der Pfalz
- in der Schweiz:
 - die Nordwestschweizer Regierungskonferenz
 - den Schweizer Bundesrat
- auf grenzüberschreitender Ebene:
 - die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung (zur Kenntnis)
 - den deutsch-französischen Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit (zur Kenntnis)
 - die Oberrheinkonferenz (zur Kenntnis)

⁴ <https://www.ne.ch/autorites/DFDS/SEEO/projets/Pages/PRIMA-Projekt.aspx>

PLENARVERSAMMLUNG VOM 5. DEZEMBER 2022

Nachhaltigkeit am Oberrhein trinational voranbringen

Der Oberrheinrat, in seiner Plenarsitzung vom 5. Dezember 2022 und auf Vorschlag des Vorstands,

1. erinnert an seine Resolution „Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitskriterien am Oberrhein“ vom 29. Juni 2020, in der er zuletzt sein Engagement für eine ganzheitliche nachhaltige Entwicklung der Region und die Erreichung der Sustainable Development Goals 2030 der Vereinten Nationen bekräftigt hat;
2. sieht am Oberrhein ein grosses Potenzial für die praktische Umsetzung trinationaler Projekte im Bereich der Nachhaltigkeit, insbesondere auf den folgenden drei Handlungsfeldern:
 - Ökologischer Wandel, um die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen (*Themenfelder: Verkehr, Raumordnung, Landwirtschaft, Umwelt, Klima, Energie*),
 - Wirtschaft und Handel, um ein nachhaltiges Vorgehen beispielsweise im Bereich der Lieferketten zu unterstützen (*Themenfelder: Wirtschaft, Arbeitsmarkt*),
 - Soziales und Kultur, um das Miteinander in der Region zu stärken (*Themenfelder: Gesundheit, Katastrophenhilfe, Kultur, Jugend, Bildung, Sport*);
3. spricht sich für ein abgestimmtes Vorgehen der Akteure aus Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft zur Ausarbeitung gemeinsamer Leitlinien besonders in diesen Bereichen aus, um deren nachhaltige Entwicklung zu fördern, und sieht hierbei eine wichtige Rolle bei grenzüberschreitenden Akteuren wie den Eurodistrikten;
4. unterstreicht, dass eine nachhaltige Entwicklung der Region nur möglich sein wird, wenn diese positiv als Chance wahrgenommen und als gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe betrachtet wird;
5. sieht grosse ungenutzte Potenziale für grenzüberschreitende Projekte, die insbesondere durch das Programm INTERREG VI gefördert werden könnten, welches einen Schwerpunkt auf den Bereich der Nachhaltigkeit am Oberrhein legt ;
6. fordert daher Erleichterungen für die Akquise und Abwicklung von nationalen und europäischen Fördermechanismen, um eine möglichst breite Zugänglichkeit für alle Akteure in diesem Bereich zu gewährleisten;
7. regt als kurzfristige Massnahme die regelmässige Organisation einer praxisorientierten trinationalen Nachhaltigkeitstagung an, um Best Practices zu vermitteln, dem grenzüberschreitenden Austausch und der Zielerreichung im Sinne von Ziffer 1 einen Schub zu verleihen und innerhalb der Bevölkerung einen „common spirit“ herfür zu etablieren.

Der Oberrheinrat richtet diese Resolution an:

- in Frankreich:
 - die Präfektur der Region Grand Est
 - die Region Grand Est
 - die Europäische Gebietskörperschaft Elsass
- in Deutschland:
 - die Landesregierung Baden-Württemberg
 - die Landesregierung Rheinland-Pfalz
- in der Schweiz:
 - die Nordwestschweizer Regierungskonferenz
- auf grenzüberschreitender Ebene:
 - die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung (zur Kenntnis)
 - den deutsch-französischen Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit (zur Kenntnis)
 - die Oberrheinkonferenz (zur Kenntnis)

PLENARVERSAMMLUNG VOM 5. DEZEMBER 2022

Für eine lösungs- und kompromissorientierte deutsch-französische Zusammenarbeit auf nationaler Ebene

Der Oberrheinrat, in seiner Plenarsitzung vom 5. Dezember 2022 und auf Vorschlag des Vorstands,

1. sieht die deutsch-französische Zusammenarbeit auf nationaler Ebene als wesentlichen Motor für die Weiterentwicklung und eine stärkere Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Union (EU);
2. begrüßt die großen inhaltlichen Übereinstimmungen zwischen beiden Ländern in einer Vielzahl von Politikfeldern;
3. bedauert jedoch die divergierenden Auffassungen zwischen Deutschland und Frankreich, die im Zuge der kurzfristigen Verschiebung des ursprünglich Mitte Oktober 2022 geplanten Deutsch-Französischen Ministerrats aufgetreten sind;
4. begrüßt die aktuellen Konsultationen auf höchster politischer Ebene und regt auch im Hinblick auf die Außenwirkung an, die Sitzung des Deutsch-Französischen Ministerrats in naher Zukunft durchzuführen;
5. unterstreicht die Bedeutung der deutsch-französischen Zusammenarbeit, der auf nationaler und internationaler Ebene besondere Aufmerksamkeit zuteilwird und die daher gerade in diesen konfliktreichen Zeiten dringender denn je gebraucht wird;
6. konstatiert, dass es mit Blick auf die aktuellen Herausforderungen im Energiebereich entscheidend ist, den Gesprächsfaden aufrechtzuerhalten und gemeinsam lösungs- und kompromissorientiert zusammenzuarbeiten;
7. ruft daher die deutsche Bundesregierung und die Regierung der französischen Republik auf, ihre Bemühungen gerade auch im Sinne der trinationalen Oberrheinregion zu intensivieren;
8. erinnert an seine Resolution „Neue Hürden in den Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union verhindern“ vom 27. Juni 2022, in der er nach dem Scheitern der Verhandlungen über ein institutionelles Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU auf Risiken hinsichtlich des bilateralen Abkommens im Elektrizitätsbereich („Stromabkommen“) hingewiesen hat;
9. betont, dass die Abstimmung ganzheitlicher und trinationaler Lösungen für die Bürgerinnen und Bürger in der Oberrheinregion von entscheidender Bedeutung ist.

Der Oberrheinrat richtet diese Resolution an:

- in Frankreich:
 - das *Ministère de l'Europe et des Affaires étrangères*
 - die Region Grand Est (zur Kenntnis)
 - die *Collectivité européenne d'Alsace* (zur Kenntnis)
- in Deutschland:
 - das Auswärtige Amt
 - die Landesregierung Baden-Württemberg (zur Kenntnis)
 - die Landesregierung Rheinland-Pfalz (zur Kenntnis)
- in der Schweiz:
 - die Nordwestschweizer Regierungskonferenz (zur Kenntnis)
- auf grenzüberschreitender Ebene:
 - die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung (zur Kenntnis)
 - den deutsch-französischen Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit (zur Kenntnis)
 - die Oberrheinkonferenz (zur Kenntnis)



Aktivitäten der Oberrheinkonferenz 2022



Die Oberrheinkonferenz

- Beat Jans, Präsident der Oberrheinkonferenz, Regierungspräsident Basel-Stadt
- Die Schweiz hat die Präsidentschaft im Jahr 2022
- Motto: „am Oberrhein wirtschaftlich und gesellschaftlich zusammenwachsen“

DEUTSCH-FRANZÖSISCH-
SCHWEIZERISCHE
OBERRHEINKONFERENZ



CONFERENCE
FRANCO-GERMANO-SUISSE
DU RHIN SUPERIEUR

Schwerpunkte der ORK 2022

1/2



Rheinland-Pfalz

STRUKTUR- UND
GENEHMIGUNGSDIREKTION
SÜD

- Beziehungen am Oberrhein stärken und Handlungsspielraum ausschöpfen
- Gesundheit und Katastrophenhilfe – Widerstands- und Reaktionsfähigkeit erhöhen
- Klima, Umwelt und Nachhaltigkeit - mehr Austausch und Kooperation herbeiführen
- Digitalisierung weiterentwickeln

Schwerpunkte der ORK 2022

2/2



- Im Arbeits- und Bildungsraum zusammenrücken
- Begegnungen der Jugend und im Sport fördern
- Nachhaltige Weiterentwicklung von Mobilität und gemeinsamer Raumplanung sicherstellen
- Kulturangebot stärken und Akteure vernetzen



Beziehungen am Oberrhein

- Aktuelle Herausforderungen und Krisen verdeutlichen Bedarf an grenzüberschreitenden, kreativen und innovativen Lösungen
- Forderungen und Signale an Regierungen zur Wichtigkeit guter Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU
- Durch Interventionen wurde die einseitige Verschärfung der Zollrichtlinien im landwirtschaftlichen Marktverkehr der Oberrheinregion fürs Erste verhindert

Gesundheit und Katastrophenhilfe



- Möglichkeiten und Grenzen der Gesundheitskooperation aufzeigen
- Synergien nutzen und langfristig einen gemeinsamen Gesundheitsraum entwickeln
- AG Gesundheitspolitik und TRISAN haben 2022 hierzu den „Trinationalen Handlungsrahmen für grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung am Oberrhein“ verabschiedet
- verschiedenen grenzüberschreitenden Übungen und Austausch im Feuerwehr- und Rettungswesen

Klima, Umwelt und Nachhaltigkeit



- mit grenzüberschreitendem Engagement für Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz zu einer Vorbildregion werden
- Treffen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Rahmen von zwei Kongressen zu den Themen „Grüner Wasserstoff“ und „Herausforderungen der Energieversorgung“
- Beratungen über mittel- und langfristige Potentiale für grenzüberschreitende regionale Energiekonzepte



Digitalisierung

- Digitalisierung von Verwaltungsleistungen ist eine besondere Herausforderung
- INTERREG-Projekt „Service-Zentrum Oberrhein“ soll grenzüberschreitende Bürgerberatungsstelle INFOBEST stärken
- AG Statistik und der EA GeoRhena der AG Raumordnung haben ein Konzept ausgearbeitet, um Zahlen, Daten und Fakten zur Oberrhein-Region in Zukunft in einem Online-Angebot zu publizieren



Arbeits- und Bildungsraum

- gemeinsamer Wirtschaftsraum mit ca. 100.000 Grenzgängerinnen und Grenzgängern
- Deckung des Informationsbedarfs, z.B. durch verständlich aufbereitete Broschüre mit allen relevanten Informationen zum mobilen Arbeiten in den einzelnen Ländern
- Klausur der AG Erziehung und Bildung zur Zukunft der grenzüberschreitenden Bildungsarbeit und Austauschmöglichkeiten für Lehrkräfte und Schulklassen



Begegnungen der Jugend und im Sport

- 2022 war europäisches Jahr der Jugend
- vier thematischen Workshops zum Klimaschutz
- Jugendforum zu den Themen Umwelt- und Tierschutz, Jugendkultur, Arbeit und Mobilität, das Friedensprojekt Europa sowie Inklusion, Integration und soziale Gerechtigkeit
- Ergebnisse wurden in Handlungsachsen für eine Jugendstrategie zusammengefasst
- Jugend- und Sportfonds hat elf Sportveranstaltungen in 2022 unterstützt und die Pilotphase des Fonds wurde um zwei Jahre verlängert



Weiterentwicklung von Mobilität und Raumplanung

- bestehende Raumordnungsdokumente der Teilräume werden zusammengeführt und analysiert, um ein gemeinsames „Raumkonzept Oberrhein“ zu erarbeiten.
- Zur Umsetzung des verkehrspolitischen Leitbildes wurden 2022 in einem die Radwege in der Region analysiert und Lücken aufgedeckt



Kultur

- Kulturfonds unterstützt bei grenzüberschreitenden Projekten
- Austausch im Rahmen einer Grenzwanderung sowie einer mehrtägigen Künstlerwerkstatt
- Forum Kultur hat eine neue Fördervereinbarung für den Zeitraum 2023-2026 verabschiedet
- Antrag auf Entwicklung einer App für den „Museums-Pass-Musée“



**Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit!**